Angehörigen Info 34

G 10228 D
15.02.1990

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Hungerstreik in Spanien

Nahezu alle Gefangene in Lebensgefahr

Das Infobüro Hamburg telefonierte erneut am 6. und 12. Februar mit den spanischen Angehörigen, die immer noch das Rote Kreuz in Madrid besetzen. Danach befinden sich inzwischen nahezu alle Hungerstreikenden in einem lebensbedrohlichen Zustand. Wie spanische Anwälte mitteilen, befinden sich vier Gefangene im Koma. Die Gefangenen werden drei bis vier Tage zwangsernährt, dann wird die Zwangsernährung wieder unterbrochen. Sie werden dazu gefesselt, und über eine Sonde wird ihnen flüssige Nahrung zugeführt. Viele Ärzte und medizinisches Personal verweigern diese Folter. Knastmediziner werden vom Justizministerium gezwungen, die Zwangsernährung durchzuführen. Die Angehörigen werden in der Öffentlichkeit als „Unterstützer terroristischer Banden" denunziert.

Chronologie des Hungerstreiks (nach El País)

28.1.90 (Egin): Der Rechtsanwalt von Josefina García Aramburu und Carmen López Anguita erstattete Anzeige, weil ihm verboten wurde, seine Mandantinnen in ihren Zellen zu sprechen. Die Gefängnisleitung wollte den Besuch nur im Besuchsraum zulassen. Dagegen hatten die Gefangenen erklärt, daß sie in ihrem körperlichen Zustand den Besuchsraum nicht aufsuchen können.

30.1.90: Die spanische Menschenrechtsvereinigung APDHE wiederholt ihr Angebot, zwischen Regierung und Gefangenen zu vermitteln.

31.1.90: Der spanische Justizminister Múgica bekräftigt die Ablehnung der Regierung zu jeglichen Verhandlungen. Der Generaldirektor der Strafvollzugsbehörden redet in einem Interview über die sog. „psychopathische" Seite des Hungerstreiks.

(Egin) Jesús Cela Seoane wurde — kaum aus der Haft entlassen — am 30.1. für zwei Stunden entführt. Ihm wurden die Augen verbunden und Handschellen angelegt, er wurde narkotisiert in einen Kofferraum verfrachtet. Seine zwei Entführer bedrohten ihn mit dem Tode, bevor sie ihn wieder freiließen.

6.2.90: Die Anwältin einiger Gefangener, Francisca Villalba, erstattete Anzeige gegen den Gefängnisdirektor von Sevilla wegen des Verbotes, ihren Mandanten Fernando Hierro Chomón zu besuchen, dem es besonders schlecht geht.

8.2.90: Die Anwälte der Gefangenen aus der GRAPO fordern die Vermittlung des Europäischen Parlaments. El País berichtet über die Bonner Aktion: „Gestern besetzte eine Gruppe von Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD symbolisch das Informationsbüro des Europaparlaments. Die Besetzer wollen, daß ein Europaparlamentarier einen Antrag zur Situation der gefangenen *grapo* und *etarras* in den spanischen Gefängnissen stellt. Die gestrige Aktion ist die Fortsetzung einer Solidaritätskampagne, die schon vor 15 Tagen begann, als zwei relevante Gefangene aus der RAF ebenfalls einen Hungerstreik in Solidarität mit den spanischen Gefangenen begannen."

Solidaritätsaktionen in Spanien (nach Egin)

19.1.90: In Euskadi finden an verschiedenen Orten ständig kleinere Demonstrationen statt, zu denen u.a. EMK (baskische KP), LKI (baskische Trotzkisten), CNT (Gewerkschaft) aufrufen.

21.1.90: Demo in Bilbao mit Transparenten vor dem Knastkrankenhaus, gleichzeitig auch in anderen Städten.

23.1.90: AFAPP fragt die Episkopal-Konferenz um Vermittlung.

26.1.90: Studenten aus Vitoria/Euskadi solidarisieren sich mit dem Hungerstreik und den Forderungen. Sie demonstrieren gegen die Zwangsernährung und machen die Regierung und die Strafvollzugsbehörden für ev. Tode verantwortlich.

Die baskische Partei Eusko Alkartasuna (EA), Abspaltung von der

Isabel Jakobs bleibt draußen!

Gegen Isabel wird in den nächsten Wochen das Urteil rechtskräftig. Sie soll dann für 3 Jahre 8 Monate in den Knast.

Isabel ist haftunfähig; wir wollen verhindern, daß sie einfährt!

Haftunfähig sind für uns die Genoss/inn/en, deren körperliche Integrität unter den Bedingungen der Gefangenschaft — auch, wenn es große zusammengelegte Gruppen gibt — nicht zu erreichen ist. Deshalb kämpfen wir für die Freilassung von Günter, Bernd und Claudia und dafür, daß Angelika hier bei uns bleibt. Es ist das, was wir unmittelbar erreichen können.

Natürlich wollen wir auch alle anderen kämpfenden Gefangenen aus dem Knast kriegen. Aber wir begreifen den Kampf für ihre Freiheit als eine langfristig bestimmte Kampfphase, in der die Durchsetzung der Zusammenlegung in ein bis zwei große Gruppen der nächste Schritt ist.

Konkret bei Isabel wollen wir nicht warten, bis sie im Knast ist, weil jetzt schon völlig klar ist, daß sie haftunfähig ist.

Als erstes geben wir Euch hier genauere Informationen, damit sich alle diese Forderung aneignen und sie in ihren praktischen Initiativen einbeziehen können.

In der Nacht zum 1.6.1985 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG Hannover verübt. Jürgen Peemöller kam bei der Aktion ums Leben. Gegen Isabel wurde sofort ein Haftbefehl wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" und „Beteiligung an der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion") erlassen. Nach drei Tagen bundesweiter Fahndung und mehreren Hausdurchsuchungen stellte sie sich in Begleitung ihres Anwaltes.

Sie kam dann in den Männerknast Hannover, auf eine kleine Transportstation für Frauen. Das heißt Bedingungen, die Beziehungen zu anderen Frauen gar nicht zuließen, weil diese ständig wechselten. Ansonsten: Einzelhof, Einzelduschen, bei allen Besuchen Trennscheibe (außer Angehörige), nach drei Monaten Gemeinschaftshof, nach einem halben Jahr Umschluß mit ein oder zwei anderen Frauen.

Im Knast erkrankte Isabel an der Basedow'schen Krankheit. Das ist eine Autoimmunerkrankung, bei der der Körper Antikörper gegen die eigene Schilddrüse produziert. In dem ersten halben Jahr nahm sie zehn Kilo ab, ihre Augen waren permanent angeschwollen; weitere Auswirkungen waren starke Kreislaufstörungen — sie brach zweimal zusammen —, Durchfall, Zittern der Hände, übermäßiges Schwitzen und Konzentrationsstörungen. Die ärztliche Behandlung im Knast sah so aus, daß sie regelmäßig (bis heute) Schilddrüsenhormonpräparate bekam; außerdem Kortison, um den Entzündungsprozeß der Augen zu stoppen, der in letzter Konsequenz zu einer Erblindung hätte führen können. Trotz leichter Verbesserungen änderte sich durch die Medikamente aber grundsätzlich nichts.

Im März 1986 stellte das OLG Celle das Verfahren nach § 129a ein. Damit war nun das Landgericht Hannover zuständig. Der Haftbefehl wurde aufgehoben, u.a. mit dem Verweis auf ihre Krankheit. Sie wurde freigelassen.

Im April 1987 begann der Prozeß gegen Isabel und drei andere. Er dauerte bis Mai 1988. Sie wurde zu viereinhalb Jahren Knast verurteilt.

Über die Revision der Anwälte wird der BGH voraussichtlich Anfang März 1990 entscheiden. Wir rechnen damit, daß sie abgelehnt wird und Isabel zwei bis vier Wochen später einen Haftantrittstermin bekommt.

Isabel hatte im Februar 1990 eine Operation, bei der ein Großteil der Schilddrüse entfernt wurde. Die Ärzte haben das in der Hoffnung getan, damit die akute Überfunktion zu beseitigen. Wie weit die Operation erfolgreich war, kann man aber erst in ein paar Wochen sehen. Sicher ist aber schon jetzt, daß sie weiterhin ständig Medikamente einnehmen muß, weil diese Krankheit chronisch ist. Sie bedarf einer ständigen Kontrolle und Überprüfung durch Nuklearmediziner.

Mit dieser Krankheit zu leben ist nur möglich, wenn man sich die Bedingungen dafür selbst organisieren kann. Unter den Bedingungen des Knastes ist das ausgeschlossen, weil — wie ein Arzt sagte:
„Was der Zucker für einen Zuckerkranken ist, ist Streß für einen Basedow-Kranken."

Isabel wird zu ihrer Situation demnächst selbst genauer schreiben.

PNV (bürgerlich-nationalistisch), verurteilt die harte Haltung der Regierung und die Zwangsernährung, die ihrer Auffassung nach gegen die Verfassung verstößt.

27.1.90: Die Gestoras pro-Amnistía organisieren am 28.1. in Bilbao, San Sebastián, Vitoria und Irún Demos zum Hungerstreik.

28.1.90: Herri Batasuna verurteilt die harte Haltung des spanischen Staates und „die politischen Kräfte und andere Instanzen, die als Komplizen der Regierungspolitik entweder durch ihr Schweigen oder durch ihre Verständnislosigkeit gegenüber den hungerstreikenden Gefangenen auftreten".

Jesús Cela Seoane, einer der beiden Hungerstreikenden, die während des Hungerstreiks aufgrund des Endes ihrer Haft entlassen wurden, sagte: „Die einzige Lösung des Problems ist, daß verhandelt wird und sie wieder zusammengelegt werden; denn sie sind nicht umsonst soweit gegangen."

Ca. 100 Menschen beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem Sitz der PSOE in La Coruña, zu der die Asociación por la Libertad de los Presos Políticos Gallegos (Vereinigung für die Freiheit der politischen Gefangenen Galiziens) aufgerufen hat, und unterbrachen den Verkehr für 20 Min.

Angehörige und Sympathisanten beteiligen sich an einer Kundgebung vor dem Sitz der PSOE in Vigo. Die Besetzung des Roten Kreuzes in Vigo dauerte Ende Januar weiter an (42. Tag).

Solidarisch mit den Gefangenen sind auch verschiedene „antirepressive Unterstützungskomitees" Galiziens und die galizische „Federación Progresista".

Desweiteren gibt es in Zestoa eine Aktion mit Transparenten und Plakaten von 30 Menschen, in Orereta eine Verkehrsblockade mit brennenden Reifen.

200 Menschen aus verschiedenen Berufsgruppen, v.a. Anwälte, unterzeichneten eine Resolution gegen die Eröffnung eines Verfahrens gegen Francisca Villalba. Sie wird von der Generalstaatsanwaltschaft und den Strafvollzugsbehörden beschuldigt, den Hungerstreik koordiniert und an den letzten Aktionen der GRAPO mitgewirkt zu haben.

2.2.90: Demo in Madrid mit 200 Leuten.

4.2.90 (El País): Ex-Gefangene aus ETA führen eine Demo für die Menschenrechte in Bilbao an, zu der die Gestoras aufgerufen hatten und an der sich 10000 Menschen beteiligten. Hierbei kam es auch zu Solidaritätserklärungen mit dem Hungerstreik. Einer der Redner war Victor Diéguez, Ex-Gefangener aus der GRAPO.

12.2.90 (El País): Einige Dutzend Menschen versammeln sich vor dem Krankenhaus von Sevilla, wo sich Francisco Brotóns Beneyto befindet. Seinen Angehörigen zufolge wiegt Francisco nur noch 33 kg.

Interview mit Victor Diéguez, einem ehemaligen Gefangenen aus den GRAPO

Victor Diéguez beteiligte sich am Hungerstreik und ist inzwischen aufgrund des Endes seiner Haftzeit frei.

Frage: Was habt Ihr gemacht, und was für Lebensbedingungen hattet Ihr in diesen Jahren in den Knästen des spanischen Staates?

Victor: In diesen Jahren — 13 sind es bei einigen — haben die aufeinanderfolgenden Regierungen ständig einen Zyklus wiederholt: Wir sollten uns menschenunwürdigen Lebensbedingungen unterwerfen, ohne irgendeine Art von Tätigkeit entwickeln zu können; sie wollten, daß wir uns ihnen ausliefern, um mit uns machen zu können, was sie wollen. Wir haben darauf immer geantwortet: Wir haben gegen ihre Pläne Widerstand geleistet, haben für Bedingungen gekämpft, die uns ermöglichen, sinnvolle Arbeit zu tun. Wir sind kommunistische Gefangene, wir haben eine Vorstellung vom Leben, und die tragen wir überall hin. Nichts zu tun, mit verschränkten Armen in den Höfen zu hocken . . . wie sie es bei den sozialen Gefangenen erreicht haben, so stellen wir uns das Leben im Knast nicht vor. Es wäre unzulässig, wenn sie uns solchen Bedingungen aussetzen. Soweit unsere Kräfte reichten, haben wir immer und in jedem Knast versucht, diese minimalen Bedingungen durchzusetzen, um gemeinsam studieren zu können, um uns zu verbessern, zu wachsen, um am nächsten Tag zu der Sache mehr beitragen zu können.

Das betrifft das Studium. Was die Arbeit betrifft, so halten wir sie für ein Grundelement unseres Lebens. Wir sind mehrheitlich Handarbeiter; darauf zu verzichten, hieße, auf uns selbst zu verzichten, auf das, was wir sind: Arbeiter. Wir haben immer versucht, eine Arbeit zu tun, die neben der persönlichen Befriedigung, die sie dir gibt, uns unsere Herkunft nicht vergessen läßt. Und weiter diente sie uns dazu, gewisse ökonomische Mittel zu beschaffen, mit denen es im Knast ja immer schlecht aussieht.

Zusammen mit der Möglichkeit, daß du mit draußen kommunizieren kannst — mit deiner Familie, deinen Freunden, mit dem, was die Straße ist, mit dem Leben, das draußen weitergeht —, sind diese minimalen Bedingungen etwas Fundamentales, etwas Unverzichtbares. In all den Jahren Knast haben sie versucht, uns genau das wegzunehmen; Regierung nach Regierung, Strategie nach Strategie, stets mit Repression, stets mit Gewalt: Ich befehle, du gehorchst. Auch dagegen haben wir uns gewehrt, normalerweise mit Hungerstreiks.

Dieses Hin und Her, dieser Zyklus hat sich mit der PSOE in den letzten Jahren noch brutaler wiederholt. Vor drei Jahren begannen sie konkret mit der Politik der Auseinanderlegung, die sie mit tausend Lügen und Betrug rechtfertigen, mit tausend Fälschungen. Sie versuchten, die Leute zu überzeugen, es geschähe zu unserem Guten. Sie traten uns nicht nur, sondern sagten eben auch noch, sie wollten uns damit einen Gefallen tun. Ihr Ziel ist es, die verschiedenen Kollektive, die es in den Knästen gibt, auseinanderzunehmen, uns zu trennen, uns das zu rauben, was wir mit vielen Kämpfen erreicht hatten, uns von draußen zu isolieren, verstärkte Pressionen auf uns auszuüben.

Frage: Welche Forderungen hattet Ihr in früheren Kämpfen durchgesetzt?

Victor: Im Hungerstreik '81, in dem Crespo Galende starb, erreichten wir ein Abkommen mit der Generaldirektion der Strafvollzugsbehörden, aufgrund dessen wir alle in einen Knast kamen, mit minimalen Bedingungen, wie ich sie Dir beschreibe: für unsere Aktivitäten über minimalen Raum zu verfügen, ein paar Räume, unser Studiumpensum erfüllen zu können, denn wir widmen normalerweise den halben Tag der Arbeit und die andere Hälfte dem Studium . . .

In den letzten Jahren haben wir über eine große Menge Themen geschrieben, haben geforscht, mehrere Bücher veröffentlicht, ohne die Handarbeiten zu vernachlässigen. Die Kommunikation mit draußen ist in den letzten Jahren ziemlich normal gewesen, zu den Kontrollen durch die Wärter könnte man „justifitiabel" sagen. Wir konnten uns mit unseren Angehörigen treffen, mit den Freunden, die uns sehen wollten; dank ihrer konnten wir fühlen und greifen, was auf der Straße passierte. Auch die Kommunikation mit den Anwälten war ziemlich gewöhnlich . . . oder die Möglichkeit, Bücher zu besitzen, mit gewisser Freiheit mit draußen im Briefwechsel zu stehen etc.

Diese grundlegenden Bedingungen nennen sie heute „Privilegien", wo es doch auf alle Gefangene anwendbare Rechte sind. Doch haben die Gefangenen aus den GRAPO nie andere Rechte gehabt als die sozialen Gefangenen oder die Rechten (die Faschisten). Wir haben nie einen „vis-à-vis" gehabt, nie haben wir ein Kind, die Mutter, eine Genossin oder einen Genossen umarmen können; die bedingte Freilassung, Kautionen oder vorläufige Freilassungen etc. . . . hat man auf keinen von uns angewandt. Die einzige Ausnahme war, wo Genossen freigelassen wurden, weil sie nahe daran waren, zu sterben, und erst, als sie gelähmt waren und es drinnen und draußen Mobilisierungen gab.

Das waren die Bedingungen, in denen wir Gefangene aus der PCE(r) und den GRAPO uns in den letzten fünf Jahren in Soria bewegt haben. Fünf Jahre, in denen wir keine Probleme hatten. Wir respektierten bis zu einem gewissen Punkt das Reglement und forderten dagegen, unsere Form von organisiertem und sinnvollem Leben führen zu können. Damit hat die PSOE gebrochen. Ohne viel Umschweife verlegten sie eines Morgens elf Genossen aus Soria und sieben weitere Genossinnen aus Yeserías, wo sie sich bis dahin befanden. Danach hat es dann weitere Verlegungen gegeben. Die vereinbarten Lebensbedingungen wurden nicht mehr respektiert; ganz im Gegenteil: Diese Rechte wurden ihnen geraubt, sie wurden gezwungen, über 23 Stunden täglich in ihren Zellen zu bleiben, ohne irgendetwas tun zu können, dazu eine halbe Stunde Hof, ohne jemanden zu sehen, beim Verschicken und Erhalten offene Briefe . . . Sie haben versucht, diese Politik der Auseinanderlegung fortschreitend umzusetzen, haben beabsichtigt, unter uns Mißtrauen zu schaffen . . ., aber das war sehr plump. Sie haben nicht erreicht, was sie wollten, ganz im Gegenteil: Sie wollten, daß wir abschwören, daß wir aufhören, Kommunisten zu sein, und das haben sie nicht geschafft. Diese Politik ist gescheitert, sie wird nicht mehr erreichen als bislang: daß wir durch schwierige Bedingungen müssen.

Wir fühlen uns in unseren Ideen bestärkt. Ihr Donnerwetter, ihre zynische und heuchlerische Art zu handeln, haben allein bewirkt, eine echte Probe der PSOE zu zeigen; in dem Maße erfährt der Hungerstreik auf der Straße viel mehr Bedeutung, als sie erwartet haben.

Frage: Wie siehst Du die aktuelle Situation: den Kampf der Gefangenen, die Solidarität auf der Straße . . . ?,,

Victor: Die sehe ich sehr kritisch, d.h. die Genossen sind seit mehr als 50 Tagen im Hungerstreik, und nach so vielen Tagen kann alles passieren. Es gibt schon Anzeichen, daß sie neben der Zwangsernährung versucht haben, sie zu zwingen, Wasser zu trinken etc. Die humanitäre Linie, die sie mit der Zwangsernährung zeigen wollen, ist nichts weiter als Heuchelei: Sie wollen uns die Agonie verlängern. Anstatt unser Leben zu retten, wollen sie es in Wirklichkeit uns nehmen.

Ich weiß sicher aufgrund der Stimmung, die ich drinnen mitbekommen habe, daß der Wille der Genossen ist, den Kampf bis zum Ende zu führen, bis die Forderungen, die wir aufgestellt haben, erfüllt sind; nicht aus Starrsinnigkeit: Es ist eine Frage des Überlebens. Entweder wir machen das oder sie zerstören uns auf die gemeinste und niederträchtigste Weise, so leise sie können. Es ist eine Frage des Überlebens, wir haben keine andere Möglichkeit, als zu kämpfen.

Deshalb sind die Solidaritätsaktionen, die von unterschiedlichen Gruppen — wie die LKI, EMK, Gestoras etc. — draußen initiiert werden, fundamental für den Kampf der Gefangenen. Dieses solidarische Zusammengehen der Linken mit den Gefangenen hat enorme Bedeutung; es ist ein Sieg über die Politik der PSOE, die den revolutionären Pol schwächen will und stattdessen bewirkt, daß zwischen unterschiedlichen Sektoren, die sich seit Zeiten nicht zusammengeschlossen haben, Verbindungen geschaffen und verstärkt werden. Das hat viel Bedeutung.

Wie die Gefangenen ihren Kampf fortsetzen, werden wir sie von draußen aus mit Beispielen dieser Solidarität ermutigen.

(aus: „Zer Egin?")

Die Solidaritätshungerstreiks der kämpfenden Gefangenen in der BRD und Westeuropa gehen weiter

Bislang waren folgende Gefangene in einem befristeten Solidaritätshungerstreik, in der Regel eine Woche:

Eva Haule, Gisela Dutzi, Ingrid Barabaß, Sigrid Happe, Gabi Hanka; Helmut Pohl, Rolf-Clemens Wagner; Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer; Günter Müller; Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter, Michael Dietiker, Andreas Semisch, Sven Schmid; Ursel Makilla; Luitgard Hornstein, Cora Müller; Ute Hladki; Thomas Thoene; Günter Sonnenberg, Christian Klar, Carlos Grosser; Rico Prauss; Bärbel Perau; Danae Weigert; Dieter Glatz; Thomas Brunner; Leonora (eine spanische Gefangene in Preungesheim); Norbert Hofmeier; Christian Kluth; Thomas Kilpper; Holger Deilke; Andrea Sievering; Hanna Krabbe, Christine Kuby, Irmgard Möller, Gabriele Rollnik und erneut Ute Hladki; Brigitte Mohnhaupt, Manuela Happe, Claudia Wannersdorfer. Brigitte, Manu und Claudia mußten mit Beginn ihres Streiks in Leerzellen umziehen; sie konnten nur die wichtigsten Sachen mitnehmen. Ihnen wurde der Aufschluß gestrichen, Manu und Claudia der Umschluß mit Brigitte und Einzelhofgang angeordnet; das Umschlußverbot mit Brigitte gilt auch nach Beendigung ihres Solidaritätshungerstreiks fort.

Berichtigung zu dem Brief von Gisela Dutzi im Angehörigen-Info Nr. 33: *Seite 4, 4. Absatz; es muß heißen: „hier war es die reaktion auf die offensive 84/85 und von da aus gegen alle* revolutionären *kräfte und gefangenen in westeuropa." Seite 4, 2. Spalte, 11. Absatz; statt der „Anm. d. Red.: wir denken: konter-rev. muß es heißen: „die kraft von allen gegen das europa der multis und der polizei, gegen die* reaktionäre *walze und für eine grundsätzlich andere, menschliche entwicklung, hängt auch davon ab, wie jede und jeder sich zur liquidatorischen politik der westeuropäischen regierungen gegen die politischen gefangenen und deren kämpfe verhält."*

Auch zu dieser Nummer haben wir wieder eine Menge Solidaritätserklärungen von Gefangenen bekommen. Weil die Gefangenen nicht zusammen sind, konnten sie ihre Solidaritätsaktionen nicht gemeinsam diskutieren; deshalb dieser Berg von einzelnen Erklärungen. Ute Hladki sagt dazu: „Ich wollte eine schnelle Entscheidung, weil der Streik schon lange dauert und die Situation eskaliert. Lieber hätte ich es in einer gemeinsamen Bestimmung angepackt, doch da selbst Karten bis zu vier Wochen zurückgehalten werden, wird die Diskussion darum sinnlos, kam einfach zu spät."

Es ist uns unmöglich, alle diese Erklärungen abzudrucken. Wir wollen mit den vielen Wiederholungen nicht das Wesentliche zudecken, wollen keine Verlagerung des Schwerpunktes — es geht ganz um die Situation der Gefangenen in Spanien und um die Solidarität mit ihrem Kampf.

Wer an den einzelnen Erklärungen interessiert ist, kann sie gegen Briefmarken beziehen über das Hamburger Infobüro für Gefangene, Paulinensr. 15a, oder über die Redaktion Angehörigen-Info, c/o GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76.

Brief von Bärbel Perau

meine lieben angehörigen,

ich habe die initiative von ute, den frankfurterinnen, von rolf-clemens und helmut aufgegriffen und bin am 26.1. auch in einen einwöchigen solidaritätshungerstreik. dazu will ich kurz was sagen, aus nem brief:

. . . ich hab neulich noch einen artikel zu spanien gelesen, der ganze terror, der dort seit monaten abläuft.

— die guardia civil besetzt für mehrere tage einen knast, traktiert die gefangenen mit schlägen und tränengas
— drohungen und angriffe gegen die angehörigen
— das justizministerium schafft drei grade, nach denen es die gefangenen einteilt, um so zu versuchen, mit ihren spezifischen ausgefeilten methoden das politische bewußtsein zu zerstören . . .

wirklich pur und glaskar, da siehst du praktisch, was sie auf ihren egtreffen reden. westeuropäische formierung, wie sie leibt und lebt.

du, ich hab ein bild von einem gefangenenkollektiv der grapo/pce(R). mir ist beim anschauen noch eingefallen, wie wichtig für mich die kollektive immer waren. das war so vorstellbar und richtig zum anfassen, was das alles ist: zusammenlegung.

z.b. auch für euch draußen. die angehörigen und genossen/innen und freunde sind zusammen zu den knästen gefahren, haben gemeinschaftsbesuche gemacht, konnten zusammen arbeiten, arbeitspapiere austauschen und diskutieren . . .

stell dir vor, ich erinnere mich auch, daß die kinder einen ganzen tag mit den frauen zusammen im knast verbringen konnten, in den räumen, auf dem hof, wo sie sonst eben auch leben.

weißt du, selbstbestimmung und identität, das wird manchmal so tot dahergesagt: gegen vernichtung und isolation. aber man muß sich mal richtig vorstellen, was uns als menschen überhaupt ausmacht, wo es doch viel lebendiger ist. — zusammen was rauskriegen, auf neue gedanken kommen, die politische situation begreifen. da steckt doch für einen selbst ne totale sprengkraft drin — mit den anderen zusammen kriegt es diese sprengkraft. weißt du, ich spür die isolation grad in den letzten wochen und monaten ganz krass.

schau — z.b. hab ich nen brief und flugblatt von leuten aus hh bekommen. es geht um einen geplanten kongreß zu palästina. sie fragen uns, ob wir dazu nicht auch was sagen wollen, uns einbringen.

ja mensch, über die intifada reden, wo wir so viel für uns selbst drin kapieren können. die ernsthaftigkeit, wie sie sich neue werte und strukturen erkämpfen. sie — ob alt, ob jung, ob mann, ob frau — sie leben im kampf gegen die besatzung. sie stellen sich selbst gegen das system, gegen die vernichtung.

und jetzt, vereinzelt in dem loch, muß ich scharf drum kämpfen, daß ich nicht die lebendigkeit verliere. die lebendigkeit in den kämpfen, in den initiativen — in allem einfach zu sehen.

mich nicht verliere im papier, das lebendige nicht erstarren lasse.

so ist der kampf der gefangenen aus grapo und pce(r) für ihre wiederzusammenlegung ganz nah und identisch mit unserem.

ist das nicht von george jackson?

„der hunger nach einem anderen leben, die sehnsucht, die herrschaft des menschen über den menschen endgültig zu beenden, schafft die solidarität, die die gebäude ihrer macht zum einsturz bringen wird."

ganz liebe grüße — feste umarmung

bärbel, 28.1.90

Erklärung zum Solidaritätshungerstreik der vier gefangenen Militanten aus Action Directe

Der gleiche Kampf, gegen Isolation und für Zusammenlegung

In Solidarität mit den Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r), die seit 30. November 89 im Streik sind, haben wir uns entschlossen, die Initiative der fünf Genossen aus der RAF und aus dem Widerstand, die im Gefängnis von Frankfurt/Main (BRD) gefangen sind, aufzugreifen,

indem wir ab 5.2.90 diese Solidarität in einem einwöchigen Hungerstreik ausdrücken.

Von unseren — quer durch alle Besonderheiten durch — mehr und mehr identischen Situationen ausgehen, um den Raum für die Einheit unserer Kämpfe aufzubauen, ihre Solidarität und reale Übereinstimmung auf der Basis der beiden Forderungen, die allen Gefangenen in Westeuropa gemeinsam sind:
— gegen die Isolation
— für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen.

Nach unserem Streik von April bis Juli 89 hat der Staat seine Zusagen für unsere tatsächliche Zusammenlegung und korrekte Haftbedingungen konkret nicht eingehalten; diese Forderungen werden also für uns noch einmal im Herzen eines kommenden Kampfes liegen . . .

Mit diesem punktuellen Kampf zeigen wir gleichzeitig unseren kollektiven Willen, zu dem Kampf für eine wirkliche Veränderung in den beiden Punkten: Isolation und Zusammenlegung, entschlossen zu sein und ihn konsequent durchzuführen.

In ganz Europa die Mobilisierung in Solidarität mit den Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) entwickeln!!!

Gemeinsam gegen die Isolation und für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen kämpfen.

Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen.

Kampfkomitee der Gefangenen aus Action Directe.
Fleury-Mérogis — Fresnes.

Belgien: Solidaritätserklärung der gefangenen Militanten der CCC

Erklärung zur Unterstützung des Hungerstreiks, der von den Militanten aus der PCE(r) und den GRAPO in den Gefängnissen Spaniens geführt wird.

Wir erleben heute weltweit eine immense politische und ideologische Offensive der kapitalistischen Kräfte gegen die kommunistischen Kräfte. Das ist nicht neu, aber die besondere Bedeutung der aktuellen Kampagne liegt darin, daß sie sich auf den entscheidenden Schwenk stützt, den die Regierungen Chinas und der Länder des Ostens in Richtung Marktwirtschaft, politische Liberalisierung und reaktionäre Dekadenz machen. Die Propagandainstrumente der Bourgeoisie und ihrer Verbündeten singen aus Leibeskräften, daß „der Kommunismus tot ist". Und wir stimmen zu, daß da etwas im Sterben liegt: der pervertierte Sozialismus, dessen denunzierte Merkmale die des Kapitalismus sind (ein unbeweglicher, bürokratischer und korrumpierter Führungsapparat, das Flickwerk einer chaotischen Verwaltung der Wirtschaft, Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung usw.).

Die kommunistische Weltbewegung umfaßt indessen zahlreiche revolutionäre Organisationen, deren Aktivitäten und deren Legitimität gestärkt aus dem hervorgehen, was mit den Reformisten und Revisionisten im Osten und in Asien geschieht. Unter diesen Organisationen grüßen wir die (wiederhergestellte) Kommunistische Partei Spaniens (PCE(r)) und die Gruppen des Antifaschistischen Widerstands vom Ersten Oktober (GRAPO).

Wir sind stolz darauf, die militanten Frauen und Männer der PCE(r) und GRAPO zu unseren GenossINNen zu zählen, wir wollen ihnen hier unsere ganz besondere Solidarität aus Anlaß ihres Hungerstreiks ausdrücken, den sie seit dem 30. November 1989 in den Gefängnissen Spaniens führen. „Der Kommunismus ist tot", und trotzdem hören die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht auf, den schlimmsten Machtmißbrauch gegen die gefangenen kommunistischen Militanten zu betreiben . . .!

Seit mehr als zehn Jahren kämpfen die militanten Frauen und Männer aus PCE(r) und den GRAPO in den Gefängnissen, um die Mittel für ihre Existenz und Arbeit, die ihrer revolutionären Identität entsprechen, zu erreichen und zu verteidigen: Zusammenlegung, Information und Studium, Besuche und Korrespondenz, Entwicklung und Aufrechterhaltung sozialer und politischer Beziehungen mit den GenossINNen, mit den Angehörigen, mit den Arbeitern, Gesundheit und Hygiene in ihren Lebensbedingungen, korrekte medizinische Versorgung. Und seit mehr als zwei Jahren wendet die sozialdemokratische Regierung des Felipe Gonzales (PSOE) einen Plan zur verstärkten Repression an, der auf die politische, wenn nicht physische Vernichtung der kommunistischen Gefangenen zielt.

Im Juli 87 wurden die Gefangenen, die durch die Stärke ihrer beispielhaften Kämpfe (um den Preis der Gesundheit von mehreren unter ihnen, bis zum Tod des Genossen Juan José Crespo Galende) es geschafft hatten, wirkliche Kommunen in den Gefängnissen von Soria und Carabanchel aufzubauen, in alle vier Himmelsrichtungen des Landes zerstreut. Diese Zerstreuung, die von außergewöhnlicher Brutalität begleitet war, zielte darauf, das zunichte zu machen, was in vielen Kampfjahren erreicht wurde, und die Beziehungen auseinanderzureißen, die die Gefangenen sowohl zu der proletarischen Bewegung in Spanien als auch zu der internationalen revolutionären Bewegung entwickelt haben.

Seit Oktober 88, als die Kontakte zwischen den politischen Gefangenen und den Genossen und Angehörigen in der Mehrzahl der Gefängnisse auf ein rein symbolisches Maß reduziert wurden, wurden viele der besten und kämpferischsten Gefangenen systematisch isoliert und gewalttätigen Maßnahmen zur Einschüchterung unterworfen. Diese Isolation sollte ihre kollektive und politische Identität brechen.

Andere Genossen wurden in Gruppen mit ausgesuchten sozialen Gefangenen zerstreut, als sie bereits nicht mehr in das Gefängnisleben integriert waren, sondern für sie bis dahin das kollektive Leben und die kollektive Arbeit der politischen Gefangenen galt. Durch diese Eingliederung versuchten die bürgerlichen Demokraten sogar die Existenz kommunistischer Gefangener zu verheimlichen und zu leugnen.

Seitdem — und aufgrund ihrer unerschütterlichen Entschlossenheit sind die militanten Frauen und Männer der Erpressung, Todesdrohungen und der Folter ausgesetzt — leben sie unter solchen Bedingungen, daß sie im Sommer 1989 in Soria und Almeria mit einem neuen Hungerstreik anfingen. Die Mobilisierung, die aus dieser Bewegung hervorgerufen wurde, ermöglichte ihnen, zufriedenstellende Ergebnisse zu erreichen, und die PSOE-Regierung versprach die Rückkehr zu würdigen Haftbedingungen.

Es dauerte nur einige Wochen, bis die Regierung Gonzales ein weiteres Mal ihr Wort brach. Heute ist der spärliche Raum für kollektives Leben und kollektive Arbeit der Gefangenen aus PCE(r) und den GRAPO vollkommen beseitigt, und alle GenossINNen, die Initiatoren des ersten Streiks, sind über das ganze Land verstreut.

Die Gefangenen sind daher, in noch größerer Zahl und noch entschlossener, den Hungerstreik wieder aufgenommen.

Es ist offensichtlich, daß die bürgerliche Macht danach trachtet, um jeden Preis diese radikale Konfrontation zu brechen, und daß sie sich von der Stärke der aktuellen Kampagne inszenierter Propaganda damit betraut fühlt. Für die spanische Sozialdemokratie geht es darum, sich an der Pforte zum Europa von 1992 mit Verhältnissen zu präsentieren, wie sie von den TREVI-Gruppen und Pompidou definiert und von den Justiz- und Innenministern der zwölf Länder der EG durchgesetzt werden, Verhältnisse, wie sie für die bürgerliche Ordnung notwendig sind, um die proletarischen Aufbrüche — an deren Ausbreitung es nicht fehlen wird, wenn Europa von den Finanziers und den multinationalen Vielfraßen auf Kosten der Arbeitswelt monopolisiert wird — einzudämmen und zu unterdrücken.

Überall sind die bürgerlichen demokratischen Regimes damit konfrontiert, daß sich die Erkenntnis über die Korruption ihrer Staaten und ihrer Institutionen, der Unrechtmäßigkeit ihrer Macht im Proletariat mehr und mehr verbreitet. Sie wissen, daß die kommunistischen Organisationen mit ihrer Politik und den Strukturen, die sie auf dem Weg zu einer neuen Gesellschaft aufbauen, eine reale und konkrete Gefahr für die kapitalistische Ordnung darstellen. Und das um so mehr, als das Schreckgespenst von den Regimes des Ostens nicht mehr vor den Augen der Massen zur besseren Rechtfertigung des Kapitalismus aufgebaut werden kann.

Durch die Entwicklung ihrer Produktionsweise in die Enge getrieben, kann die Bourgeoisie die sozialen und politischen Organisationen, die sich ihr widersetzen, nur noch immer stärker unterdrücken. Und die gefangenen kommunistischen Militanten sind durch ihr Beispiel und durch die Verwundbarkeit ihrer Situation als Gefangene natürlich in

vorderster Linie den Zerstörungsversuchen der Bourgeoisie ausgesetzt.

Auch angesichts der Pläne zur Vernichtung des Projekts der Genossen, die das politische Bewußtsein des Proletariats, die kollektive Identität und das revolutionäre Engagement für die Emanzipation der Klasse verkörpern, angesichts der Pläne zur Zerstörung des kommunistischen Projekts in seiner Gesamtheit, rufen wir die Militanten und Arbeiter zur Mobilisierung um die GenossINNen aus PCE(r) und den GRAPO, die im Hungerstreik sind, auf.

Schon wiederholt haben die Solidarität und Unterstützung auf nationaler und internationaler Ebene ihre Kraft gezeigt und die repressiven Offensiven der bürgerlichen Regierungen gegen die gefangenen Genossen zurückweichen lassen. Laßt uns erneut handeln, um der spanischen Sozialdemokratie die Zusammenlegung der Militanten aus PCE(r) und den GRAPO zu entreißen, um ihnen eine würdige Existenz, ein Leben, das ihrer kollektiven politischen Identität entspricht, zu sichern, damit sie weiter zu der Entwicklung der revolutionären Politik, zum Aufbau unserer Zukunft beitragen können.

Zusammenlegung aller politischen Gefangenen!
Schluß mit den Verbrechen, die die spanische Regierung vorbereitet!
Es lebe die internationale Solidarität, es lebe der proletarische Internationalismus!
Der Kampf hört niemals auf!
Es lebe der Kommunismus!
Pierre Carette, Didier Chevolet, Bertrand Sassoye und Pascale Vandegeerde, Militante der Kämpfenden Kommunistischen Zellen für den Aufbau der Kämpfenden Organisation der Proletarier; 20.Januar 1990.

Solidaritätsaktion von Angehörigen und GenossInnen der politischen Gefangenen in Bonn

Am 7.2.90 haben wir, neun Angehörige und GenossInnen, um 11 Uhr das Informationsbüro des Europäischen Parlaments in Bonn besetzt. Wir kamen problemlos rein und sagten einem der Beamten, wer wir sind und was wir wollen: die Möglichkeit, in den Räumen des Büros eine Pressekonferenz zur Situation der hungerstreikenden Gefangenen in Spanien durchzuführen; und von hier aus durchzusetzen, daß im EP eine Initiative zugunsten der streikenden Gefangenen eingebracht wird.

Danach riefen einige von uns an: die Angehörigen der streikenden Gefangenen, die in Madrid die Räume des Roten Kreuzes besetzt halten; die baskische Tageszeitung Egin; die der PSOE nahestehende spanische Tageszeitung El Pais (beide berichteten am nächsten Tag über die Aktion) und mehrere Anwaltsbüros; wir informierten sie über unsere Aktion und unsere Forderungen. Es gab keinen Versuch, die Telefonate zu verhindern.

Gleich nachdem wir drin waren, stellten sich GenossInnen aus verschiedenen Städten mit einem Transparent zur Zusammenlegung der Gefangenen in Spanien und zu Günters Freilassung in der Nähe, an einer stark befahrenen Straße, auf; sie blieben dort bis zum Ende der Aktion im Büro. Die B. provozierten sie mehrmals. Gleich zu Anfang informierten auch GenossInnen die Journalisten im Bonner Pressehaus und riefen die alternativen Radios an.

Drinnen verhandelten wir mit dem für Pressearbeit zuständigen Beamten. Er wollte keine Konfrontation, während seine beiden Kollegen — der Chef war nicht da — eher drauf waren, uns rauswerfen zu lassen, und sehr schnell die B. holten. Die kamen bald in größeren Mengen, darunter einige zivile, schritten aber nicht ein. Wir verlangten ihren Abzug. Nach einigem Hin und Her einigten wir uns mit denen vom Büro darauf, daß wir in den Räumen Gespräche mit der Presse führen und weiterhin ihre Kommunikationsmittel benutzen konnten. Wir sagten dafür zu, bis 14.30 Uhr das Büro zu verlassen.

Die GenossInnen draußen informierten nochmals die Presse, weil Anrufer bisher abgewimmelt worden waren. Das Interesse der Medien war aber sehr gering; wir erfuhren, daß viele Journalisten in Berlin seien.

Wir telefonierten dann mit einem Mitarbeiter der Grünen-Fraktion im EP und bekamen von ihm die Zusage, daß die Fraktion einen Brief an die spanische Regierung zur Unterstützung der streikenden Gefangenen schreiben wird und daß am nächsten Montag aus der Fraktion ein Dringlichkeitsantrag zur Situation der streikenden Gefangenen in der Parlamentssitzung in Straßburg eingebracht werden soll.

Wir schickten noch unsere Erklärung per Fax an einige Alternativmedien hier und in spanischer Übersetzung an Egin und El Pais. Anschließend verließen wir das Büro. Die B. kamen uns nach, machten aber außer Fotos nichts.

Was wir mit der Aktion auch erreichen wollten: die Nachrichtensperre in den bundesdeutschen Medien in bezug auf den Hungerstreik in Spanien zu durchbrechen, haben wir nicht geschafft. Außer kurz in der Taz wurde nirgendwo darüber berichtet. Wir denken, daß das vor allem daran lag, daß die Aktion wichtiger Teil einer breiter werdenden, sich im internationalen Zusammenhang begreifenden westeuropäischen Solidaritätsbewegung für die streikenden Gefangenen in Spanien ist und daß darüber genauso wenig Öffentlichkeit und Bewußtsein entstehen soll wie über den Streik selbst.

Pressecommuniqué

Die internationale Kommission für die Unterstützung der politischen Gefangenen der GRAPO (grupos de resistencia antifascista primero de octubre) und PCE(r) (partido comunista de espana reconstituido), welche sich zur Zeit im Hungerstreik befinden, ist eine europäische, im Januar 1990 gegründete Organisation. Sie verurteilt die Folterungen, denen die Gefangenen unterworfen sind, und setzt sich für deren Zusammenlegung ein.

In der Kommission sind über 100 AnwältInnen und ÄrztInnen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik, der Schweiz, Frankreich, Italien und Spanien vereinigt.

Anläßlich ihrer Zusammenkunft vom 6. Februar in Genf hat die Kommission Kenntnis vom Bericht ihrer spanischen Mitglieder genommen:

Die Regierung Gonzalez hat den Gefangenen während des Hungerstreiks vom Sept./Okt. 89 eine Wiederzusammenlegung zugesichert.

Diese Zusicherung wurde nicht eingehalten, weshalb sich die Gefangenen gezwungen sahen, für diese Forderung Ende November erneut in den Hungerstreik zu treten.

Heute, am 66. Tag, sind 47 Gefangene im Streik — vier davon befinden sich im Koma mit irreversiblen Folgen. Acht Gefangene werden zur Zeit gegen ihren Willen zwangsernährt.

Trotz dieser mehr als alarmierenden Situation und trotz zahlreicher Interventionen der spanischen Menschenrechts-Liga sowie der katholischen Kirche weigert sich die Regierung Gonzalez, Verhandlungen aufzunehmen. Mit der Zwangsernährung führt sie eine zusätzliche Folter ein — der Welt-Ärzte-Bund hat in der Erklärung von Tokio 1975 Zwangsernährung verboten.

In der BRD sind seit zwei Wochen von über 40 Gefangenen jede Woche mehrere im Solidaritäts-Hungerstreik für die Forderungen der spanischen Gefangenen. In Frankreich verweigern aus diesem Grund seit gestern vier Gefangene der Action Directe ebenfalls jegliche Nahrungsaufnahme.

Wir fordern alle progressiven und demokratischen Kräfte auf, den Kampf der Gefangenen gegen Folter und für ihre Zusammenlegung zu unterstützen.

Für die Kommission:
RA Juan Manuel Olarieta, Madrid;
RA Wolfgang Kronauer, Frankfurt;
RA Bernard Rambert, Zürich (Tel. 01-252 88 46);
Dr. Ralf Binswanger, Zürich.
Genf, den 6. Februar 1990

Besetzung des spanischen Konsulats in Hamburg am 08.02.1990

Am 08.02. um 11 Uhr gelangten wir, ca. 25 Leute, durch einen kleinen Trick ins Innere des spanischen Generalkonsulats in Hamburg, um unsere praktische Solidarität mit dem Hungerstreik der spanischen politischen Gefangenen aus GRAPO und PCE/r auszudrücken. Gleichzeitig versammelten sich etwa 40 von uns draußen vor dem Konsulat, um dort eine unterstützende Kundgebung abzuhalten. Schon als wir ankamen, befanden sich ca. zehn Zivis innerhalb des Konsulats, und innerhalb von gerade fünf bis zehn Minuten war eine ganze Hundertschaft von Polizisten in Kampfmontur zur Stelle, brach die Eingangstür auf und prügelte auf uns ein. Eine Frau erlitt einen Bänderriß am Fuß durch die Polizisten, andere wurden mit CS-Gas besprüht. Alle, die drin waren, und einige von draußen wurden dann rasend schnell auf verschiedene Polizeiwachen gefahren, von denen wir alle nach einigen Stunden zum Polizeipräsidium verlegt wurden, wo wir weitere Stunden in den Zellen verbringen mußten und dann recht brutal ED-behandelt

wurden (Vorwurf: „Hausfriedensbruch“). Dies war letztendlich eine reine Schikane, weil sie bei einigen von uns die ED-Behandlung gerade erst vor ein bis zwei Monaten gemacht hatten. Um 20.45 Uhr, also nach gut neun Stunden, waren dann alle wieder draußen.

Flugblatt zu der Besetzung:

Das spanische Konsulat ist nicht einfach ein Büro für Paßangelegenheiten usw., sondern eine Vertretung der spanischen Regierung. Deshalb sind wir hier!

Wir solidarisieren uns mit dem Hungerstreik von mindestens 50 politischen Gefangenen in Spanien für ihre Wiederzusammenlegung. Der Hungerstreik dauert jetzt 69 Tage, allen Gefangenen geht es sehr schlecht, und drei sind in akuter Lebensgefahr. Die Situation ist äußerst zugespitzt, und sie erfordert unsere und Eure Solidarität!

Der Hungerstreik richtet sich gegen die Auseinanderlegung der Gefangenen in über 20 Knäste und gegen die Isolationsfolter der spanischen Regierung. In der BRD haben sich mindestens 30 Gefangene in befristeten Hungerstreiks mit den Genossinnen und Genossen in Spanien solidarisiert. Für sie ist das praktischer Internationalismus. Seit Anfang dieses Solidaritätsstreiks schützt die Polizei mit permanenter Präsenz vor dem Konsulat den „BRD-Partner“ Spanien. Sie wissen, warum: Wenn die spanischen Gefangenen ihre Forderungen durchsetzen, hat das Auswirkungen auf unsere Hoffnungen und Chancen, die Zusammenlegung hier in der Führungsmetropole BRD ebenfalls durchzusetzen.

Konkreter zur Situation:

Die Guerillaorganisation GRAPO und die kommunistische Partei PCE/r kämpfen für die Umwälzung des spanischen Staates. Als Antifaschisten beziehen sie sich in ihrem Kampf auf die Organisierung des Proletariats und auf internationale Zusammenhänge.

1981 haben sich die Gefangenen der beiden Gruppen mit einem großen Hungerstreik ihre Zusammenlegung erkämpft — Juan José Crespo Galende mußte dafür sterben. Die Gefangenen haben sich dann als Kollektiv organisiert, gelebt und gearbeitet, so gut es hinter Knastmauern geht. Wir kennen sie aus vielen Erklärungen, in denen sie sich solidarisch und kritisch mit dem Widerstand in Westeuropa auseinandergesetzt haben. Sie sind so ein lebendiges Beispiel dafür, was es heißen kann, wenn die Gefangenen zusammen sind und sich mit ihren Erfahrungen in die politische Diskussion einmischen können.

Während der letzten drei Jahre wurden die Gefangenen auseinandergerissen und in 20 verschiedene Knäste verfrachtet.

Die Isolation voneinander, das weltweit bekannte Modell der BRD gegen politische Gefangene, sollte so auch in dem EG-Land Spanien durchgesetzt werden. Das führende Finanzkapital, die längst nicht ehr heimlichen HERRscher im zukünftigen europäischen Binnenmarkt, können keine ernsthafte/revolutionäre Gegenorganisierung für ihre Pläne gebrauchen — und sei diese Organisierung auch noch schwach. Gerade die politischen Gefangenen verkörpern in Spanien wie auch in der BRD selbst hinter den Mauern des Feindes Entschlossenheit und Kontinuität. Deshalb sind sie uns wichtig, und deshalb wollen die Mächtigen sie mundtot machen und sie im äußersten Fall zu diesem Zweck vernichten.

Der Hungerstreik der spanischen Gefangenen bezieht sich auch auf eine Zusage zur Zusammenlegung, die Vertreter der Gefängnisbehörde vor Zeugen sieben Gefangenen nach einem Hungerstreik im September gemacht haben. Sie hielten diese Zusage nicht ein, weil sie in Wirklichkeit nur aus Wahlpropagandazwecken gegeben wurde. Die Gefangenen setzen jetzt ihre ganze Kraft und ihr Leben für die Erfüllung der Zusagen ein, die für sie überlebensnotwendig sind.

Mindestens drei Gefangene sind in akuter Lebensgefahr. Die spanische Regierung und damit auch der Konsul in Hamburg sind verantwortlich für das Leben der Gefangenen. Zwangsernährung kann darüber nicht hinwegtäuschen! Sie verschärft sogar die Situation, weil sie Folter ist: Die Gefangenen werden an Händen und Füßen ans Bett gefesselt und bekommen so Zwangsinfusionen. Dabei ist wichtig, daß diese Torturen immer nur drei oder vier Tage durchgeführt werden und dann wieder nicht. Das ist ein Todesspiel, das die körperliche Substanz extrem belastet. Wir kennen diese Methode aus den Hungerstreiks hier. Sie verhindert nicht den Tod der Gefangenen, sondern soll nur ihren Kampf brechen.

Was wir wollen:

— Wir wollen verhindern, daß die Gefangenen sterben ... Wir wollen, daß die Gefangenen leben, und leben heißt für politische Menschen, daß sie Kontakt zu ihren Genossinnen und Genossen brauchen. Unsere Aktion soll Druck auf die spanische Regierung ausüben. Solange sie nicht in Verhandlungen mit den Gefangenen treten, sollen sie immer wieder in ihrer Ruhe gestört werden. Wir hoffen, daß unsere Initiative zu weiteren mobilisiert!

— Wir sagen Euch, liebe spanische Genossinnen und Genossen: Euer Kampf ist unser Kampf! Wir greifen erst so spät ein, weil wir uns spätestens nach dem Hungerstreik ’89 in einer Phase des politischen Umbruchs befinden. Aber wir waren und sind mit unseren internationalen Herzen bei Euch!

— Wir wollen eingreifen in die Zusammenarbeit des Kapitals und der Repressionsstrategen, die am Europa ’92 basteln und sich anmaßen, unter der Führung der BRD auch HERR über Osteuropa zu werden. Wenn sich die Gefangenen in Spanien mit ihrer Forderung durchsetzen, reißt es ein Loch in ihre Pläne und wirkt so auch für uns. Jede Initiative und erst recht jeder Erfolg gegen die Arroganz ihrer Macht wirkt für den Aufbau einer realen Gegenmacht von unten.

Wir grüßen alle Gefangenen im Hungerstreik! Besonders grüßen wir Luitgard Hornstein, Cora Müller und Holger Deilke, die im Untersuchungsgefängnis in Hamburg im Solidaritätshungerstreik waren!

Hamburg. „Wieder Zusammenlegung der Gefangenen aus GRAPO und PCE/R. Freilassung aller politischen Gefangenen“ wurde laut Hamburger Abendblatt vom 5.2. an die Flurwände des Bürohauses der spanischen Fluggesellschaft Iberia gesprüht. Gegen die Eingangstür waren die Farbeier geworfen worden.

Köln. Von den 35 TeilnehmerInnen einer Veranstaltung zum PKK-Prozeß am 7.2. in Köln wurde in einer Resolution die sofortige Wiederzusammenlegung der spanischen Gefangenen gefordert. „Desweiteren protestieren wir auf das Allerschärfste gegen die 1987 begonnene Auseinanderlegung der baskischen Revolutionäre ... Freiheit wird nicht erbeten — Freiheit wird erkämpft!“

Münster. TeilnehmerINNen einer Infoveranstaltung zum Prozeß gegen Thomas Kilpper sandten an den Konsul der spanischen Regierung in Frankfurt am 6.2. eine Solidaritätserklärung mit dem Hungerstreik der spanischen Gefangenen und verabschiedeten eine Grußadresse, in der es u.a. heißt: „Wir haben auch der spanischen Regierung und dem spanischen Innenministerium ein Telegramm geschickt mit der Aufforderung, Eure Forderungen sofort zu erfüllen. In einigen Kneipen hier in Münster hängen Wandzeitungen zu Eurem Hungerstreik. Einige Menschen haben in der spanischen Botschaft in Bonn angerufen, um Euren Forderungen auch von hier aus Nachdruck zu verleihen. Desweiteren haben wir mitgekriegt, daß bei einer VW-Niederlassung in Münster der Lack von 26 Autos zerstört worden ist, u.a. aus Solidarität mit Eurem Streik.“

Essen. Zu einem Sprengstoffanschlag auf die Hauptverwaltung des „Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes“ (RWE) hat sich laut taz vom 7.2.90 eine „kämpfende Einheit Crespo Galende“ aus Solidarität mit dem Hungerstreik der spanischen Gefangenen bekannt.

Bonn. Vor der spanischen Botschaft in Bonn solidarisierten sich am 2.2. zwanzig Menschen mit den spanischen Gefangenen im Hungerstreik. Unter anderem sprach ein Vertreter von TAYAD-der (Hilfsverein für die Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei): „... In der Türkei hatte der Kampf in den Gefängnissen eine Signalwirkung nach draußen. Daß die gefangenen Revolutionäre nicht gebrochen werden können, hat den Menschen Hoffnung gegeben ... Aus diesem Grund sehen wir die Kämpfe der politischen Gefangenen in ganz Europa als besonders wichtig an, weil in diesen die Chance steckt, daß die Kämpfe der verschiedenen Länder näherrücken und die Solidarität mit den politischen Gefangenen ihre unmenschlichen Haftbedingungen abschaffen wird!“

Frankfurt. Verschiedene Frauengruppen aus Gießen, Marburg, Frankfurt und Offenbach besuchten am 7.2. das spanische Konsulat in Frankfurt, entrollten ein Transparent für die Wiederzusammenlegung der spanischen Gefangenen und übergaben dem Konsul Cardona eine Resolution, die dieser an die spanische Regierung weiterzuleiten versprach.

Freiburg. Ca. 50 BesucherInnen einer Veranstaltung am 1.2. zum spanischen Hungerstreik sandten eine Grußadresse an die Gefangenen nach Spanien.

Zürich. Vor dem spanischen Konsulat in Zürich machten Ende Dezember 150 Menschen trotz massiver Polizeipräsenz eine Solidaritätskundgebung mit Beiträgen und mehreren Transparenten. Zu einer Solidaritätsdemo am 25.1. in Zürich waren ungefähr 100 Leute gekommen.

Aktuelles international

Zu den Hungerstreiks der katalanischen und baskischen politischen Gefangenen

Vier Gefangene aus der *katalanischen* Guerilla „Terra Lliure" befinden sich seit dem 25.01.90 im Hungerstreik für ihre Zusammenlegung in den Gefängnissen Lleida I (Frauen) und Lleida II (Männer). Es sind die Gefangenen Nuria Cadenas, Gillem Godó, Jaume Balou und Macia Manera. (nach: „Egin" vom 26.1.90)

Am 16.12.89 haben die *baskischen* Gefangenen um 0 Uhr einen Hungerstreik begonnen, um die repressive Situation in den Knästen zu denunzieren und ihre Forderungen als politische Gefangene durchzusetzen, weiter teilzunehmen am Befreiungskampf des baskischen Volkes über den Weg der Selbstbestimmung und politischer Verhandlungen ...

„Wir sind uns bewußt über die Härte des Weges, den wir genommen haben, und all die Hindernisse, die wir überwinden müssen, um etwas von dem zu erreichen, was uns als Recht zusteht, aber wir stehen einem Staat gegenüber, der uns dieses Recht negiert und der nicht zögert, seine ganze militärische Fähigkeit und politische Gewalt zu nutzen, um die ökonomische und soziale Kontrolle über unser Volk zu behalten; dazu verwendet er jedes Mittel, wie das, unseren Widerstand zu vernichten ..." „Zur physischen Entfernung von unseren Dörfern und Angehörigen ist Isolation und Abschneiden von der Außenwelt dazugekommen. Zu der Übertretung ihrer eigenen Gefängnisgesetze kommt Vergiftung, Erpressung und Beeinträchtigung, in dem hoffnungslosen Versuch, die Wiedereingliederung (reinserción) zu suchen, auch wenn sie erzwung ist." Gegen diese Politik der Vernichtung und Auslöschung setzen die Gefangenen vier Punkte als Forderungen:

— die Zusammenlegung des ganzen Kollektivs in Südeuskad
— die Trennung von den sozialen Gefangenen,
— die Angleichung der Bedingungen und
— die Verbesserung der Lebensumstände im Gefängnis.

(aus „Egin", 16.12.)

Laut „Egin" vom 17.12. begannen am 17.12., dem 119. Tag des „txapeo", 70 bis 80 baskische Ex-Gefangene einen unbefristeten Hungerstreik in der Kathedrale San Anton in Bilbao. Sie unterstützen damit die Forderungen der Gefangenen gegen die Politik der „Wiedereingliederung" und „Reue", die die spanische Regierung mit der Isolierung, den Verlegungen und Verschärfungen durchzusetzen versucht. Sie denunzieren die Politik der Regierung, die die Gefangenen als Geiseln zu benutzen versucht, weil diese immer nach ihren Möglichkeiten Teil des Befreiungskampfes des baskischen Volkes waren.

Die Ex-Gefangenen fordern ihre Genossen und Genossinnen in den Gefängnissen auf, den Hungerstreik zu beenden, durch die vielen Kämpfe, die verschärften Bedingungen und das „txapeo" seit August seien die Gefangenen physisch in keinem guten Zustand, draußen gäbe es mehr Möglichkeiten, zur Situation der Gefangenen zu mobilisieren.

Laut „Egin" vom 18.12. fordern die Gestoras pro Amnistia die Gefangenen auf, den Hungerstreik zu beenden, um ihren körperlichen Zustand nicht noch weiter zu verschlechtern.

„Die zunehmende Verschärfung und Verschlechterung der Lebensbedingungen der baskischen Gefangenen in den Gefängnissen war eines der Motive, das die Gestoras dazu veranlaßte, das Kollektiv aufzufordern, den Hungerstreik zu beenden. Der Kampf, den sie seit August mit vier Monaten ‚txapeo' führen, hat sich mit einem qualitativen Sprung in den Gefängnissen verschlimmert, dessen Ausdruck der Streik ist, den sie begonnen haben, der der Notwendigkeit entspricht, auf das Schweigen der PSOE zu den Forderungen des baskischen Gefangenenkollektivs eine Antwort zu geben." ... „Wir verstehen die Wichtigkeit davon, daß die Gesellschaft öffentlich Stellung bezieht zu der Vergewaltigung der Menschenrechte in den Gefängnissen ..." „Aus einer Position des totalen Respekts, aber verstehend, daß gegenwärtig die Situation (des Gefangenenkollektivs) schwer beeinträchtigt ist durch die zunehmende Verschärfung und Beeinträchtigung in den Gefängnissen", fordern die Gestoras die Gefangenen auf, den Hungerstreik zu beenden, und fordern die baskische Gesellschaft auf, sich an den Mobilisierungen zur Weihnachtszeit zu beteiligen. In dieser Kampagne wird es eine zusätzliche Forderung geben, nämlich die, eine Antwort zu geben auf die „Politik der Bestrafung gegen die Angehörigen, die sich auch auf die ökonomische Situation ... überträgt, der sie durch die Verlegungen/Zerstreuungen unterworfen wurden." (aus „Egin" vom 19.12.)

Wie „Egin" am 27.12. berichtet, sagte der spanische Justizminister Enrique Mugica auf einer Pressekonferenz am 26.12., daß auch nach den Veränderungen der Strafvollzugsgesetze (Politik der Grade/Differenzierung) die baskischen Gefangenen und die Drogenhändler keine Erleichterungen des Strafvollzuges erhalten würden, da diese immer vom „nationalen Interesse" abhängig seien. Zu dem Auseinanderreißen der Kollektive äußerte sich der Justizminister so, daß dies notwendig sei, um die Gefangenen, die die „reinserción social" (soziale Wiedereingliederung) nutzen wollten, zu unterstützen; es habe nämlich bis vor kurzem ein „Mafia-Gesetz" in den Gefängnissen gegeben, was sie auf die Gefangenen von ETA angewandt hätten, die sich hätten „wiedereingliedern" wollen.

Zur Situation der Gefangenen sagte er weiter, ein Anwachsen des „Terrorismus" könne sich nur zum Nachteil der Gefangenen auswirken, eine Verhärtung der Position von ETA könne sich nur in einer Verschärfung der „Grade" auswirken, da diese nach dem Verhalten der Gefangenen angewandt würden.

„Wenn ETA aufhört zu töten und dieses Aufhören zu töten Einfluß auf das Verhalten der Gefangenen hat, würde diese Haltung positiv bewertet werden für das Haftregime innerhalb der Gefängnisregeln."

Zu der Politik der Differenzierung der Grade gab der Justizminister Zahlen an, aus denen hervorgeht, daß die große Mehrzahl der über 500 baskischen Gefangenen unter den schärfsten Bedingungen inhaftiert ist:

Von 322 verurteilten Gefangenen sind 203 im „1. Grad", härteste Bedingungen; 89 in Bedingungen des „2. Grades", Besuche ohne Trennscheibe, Stunden zur freien Verfügung zu Studium oder Arbeit; 13 im „3. Grad", der entweder Wochenendurlaub oder die Bedingungen von Freigängern beinhaltet. Von den 178 nicht verurteilten Gefangenen haben 75 normale Haftbedingungen, 103 die Bedingungen des „1. Grades".

Zu den Mobilisierungen: Außer der Kirchenbesetzung und dem Hungerstreik der baskischen Ex-Gefangenen in Bilbao hat es zahlreiche Mobilisierungen mit Verkehrs- und Sitzblockaden, Demonstrationen, eine Zeitungsbesetzung des „Diario Vasco" gegeben und die große Mobilisierung nach Herrera de la Mancha am 29.12. mit 12000 Menschen.

Protesthungerstreik in der Türkei

Aus Protest gegen die Ermordung eines fortschrittlichen sozialdemokratischen Professors (Vorsitzender des türkischen Juristenvereins) am 31. Januar 1990, vermutlich durch den türkischen Geheimdienst, machten Dev-Sol-Gefangene in den Knästen von Istanbul, Ankara, Canakkale, Gaziantep, Aydin, Amasya und ungefähr 100 Angehörige von TAYAD/Istanbul einen dreitägigen Hungerstreik. Am 30. Januar, also einen Tag vor der Ermordung des Juristen, hatte Dev-Sol den uniformierten Mörder des 18jährigen Demonstranten vom 1. Mai 1989 „mit dem Tode bestraft". In den türkischen Medien war breit und ausführlich darüber berichtet worden. Die Ermordung des Professors sollte demgegenüber in der Öffentlichkeit gezielt den Eindruck des „erneuten Auflebens linken und rechten Terrors" erwecken.

Festnahmen und Vereinsverbote: Die Verhaftungen unzähliger AntifaschistInnen aus verschiedenen demokratischen Massenvereinen in der Türkei gehen mit unverminderter Brutalität weiter. Mehrere Vereine mußten aufgrund dessen und infolge von offiziellen Verboten geschlossen werden. Auf diese Weise soll die legale, immer stärker werdende radikale Massenbewegung kriminalisiert und ihre Mitglieder in die Illegalität getrieben werden, um sie „wegen kommunistischer Propaganda und Mitgliedschaft in einer illgalen Organisation" (§ 141) im Knast verschwinden lassen zu können.

Ermordungen: Bei einer bewaffneten Auseinandersetzung in Tunceli (Türkei-Kurdistan) wurden zehn KämpferInnen der TKP/ML von Soldaten der Regierung in den Bergen ermordet. Laut Presseberichten sollen auch drei Soldaten ums Leben gekommen sein.

Medikamentensammlung: Dringend benötigt werden Antibiotika und Vitamine für die politischen Gefangenen in der Türkei. Zusenden an: TAYAD-Solidaritätskomitee, c/o A. Friedetzky, Holstenstr. 114, 2000 Hamburg 50. Aufs Verfallsdatum achten!

Neue Broschüre: Das 12. Kapitel der Erklärung der Dev-Sol-Gefangenen beim Prozeß in Istanbul, in dem sie ihre politische Programmatik darlegen, ist unter dem Titel: „Wir kämpfen um die Befreiung der Völker in der Türkei. Wir wollen ein freies Land.", über Café und Buch, Holstenstr. 186, 2000 Hamburg 50, für 3 DM zu beziehen. (TAYAD-Solidaritätskomitee)

Prozesse

Zum Prozeß gegen Stephan Feifel, Gabi Hanka, Siggi Happe und Sven Schmid

Diese Woche, am Freitag, den 16. Februar, beginnt der Prozeß gegen die vier vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt. Ihnen wird der Prozeß wegen des Angriffs auf die Börse in Frankfurt gemacht, der während des Hungerstreiks der Gefangenen aus RAF und Widerstand und anderer kämpfender Gefangener lief.

Wir haben alle vier durch und in der Angehörigenarbeit kennengelernt:

Siggi, die öfter zu unseren Treffen kam, nachdem ihre Schwester Manuela Happe eingefahren war.

Stephan, der mit uns an der Mobilisierung zum Prozeß gegen Janin und Wolli in München (wegen einer Veranstaltung zur Zusammenlegung) zusammengearbeitet hat.

Und Gabi und Sven, mit denen unsere Zusammenarbeit am intensivsten war. Gabi und Sven sind regelmäßig zu unseren Angehörigentreffen gekommen, haben mit uns überlegt, wie wir eine kontinuierliche Praxis zur Durchsetzung der Zusammenlegung der politischen Gefangenen entwickeln können; wo dabei Berührungspunkte in ihrer und unserer politischen Praxis bestehen bzw. entstehen können. Das ist da praktisch geworden, wo sie bei unseren Öffentlichkeitsaktionen (wie zum Beispiel, als wir uns anläßlich der San-José-Konferenz in Hamburg in der Nähe des Kongreßzentrums angekettet haben oder bei unserer „Belagerung" des nordrhein-westfälischen Justizministeriums in Düsseldorf während des Hungerstreiks 1989) uns unterstützt haben. Und sie haben mit uns zusammen an einem Film über die Angehörigengruppe gearbeitet. Ein wesentlicher Punkt in unseren gemeinsamen Diskussionen war, wie wir im Kampf für die Zusammenlegung mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, über die Scene hinaus, zusammenkommen können. Abgesehen von ihrer praktischen Unterstützung war und ist uns an ihnen besonders wichtig, daß sie uns, unsere Arbeit und jede/n einzelne/n darin ernstnehmen, d.h. daß sie uns weder wohlwollend auf die Schulter geklopft noch unsere Arbeit als „humanitär", aber im Grund unpolitisch gewertet haben.

Daß die vier jetzt im Knast sind, schmerzt uns. Sie fehlen uns sehr. Fast unerträglich ist die Vorstellung, unter welchen Bedingungen sie gefangengehalten werden: im Scheinnormalvollzug, ohne sich untereinander und andere politische Gefangene zu sehen, eine Stunde Besuch im Monat, an Post kommt kaum was durch . . .

Wenn jemand einfährt, den Du kennst, wird die Vorstellung, was ihm alles fehlt in der Isolation, nochmal viel konkreter.

Und wir erleben, wie erschwert es unter den Bedingungen, die sie jetzt noch haben, ist, die Nähe zueinander konkret werden zu lassen, an das anzuknüpfen und es weiterzuführen, was wir draußen miteinander angefangen haben. Trotzdem hört das nicht auf, wird praktisch in jedem Brief, jedem Besuch, vor allem aber in jeder praktischen Initiative zur Durchsetzung der Zusammenlegung. Wie jetzt, als sie wie viele andere Gefangene im Solidaritätshungerstreik zu den politischen Gefangenen in Spanien waren. Dieser Streik hat uns zu eigenen Initiativen mobilisiert.

Das ist gut, daß die vier sich jetzt im Prozeß nach fast einem Jahr wieder sehen können und wir sie auch — so begrenzt das auch ist. Wir wollen aber nicht, daß sie nach dem Ende des Prozesses wieder alleine in den Zellen sind. Das ist ein Grund mehr, unseren Kampf für die Zusammenlegung fortzusetzen, zusammen mit den vieren und allen anderen politischen Gefangenen.

Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Die bisher bekannten Prozeßtermine sind am: 16.2., 21.2., 23.2., 28.2., 2.3., 7.3., 9.3., 16.3., 21.3., 23.3., jeweils 9.30 Uhr im OLG Frankfurt, Raum A146. An diesen Tagen gibt es auch ein Prozeßcafé (Stoltzestr. 11). Zum ersten Prozeßtag findet eine Kundgebung vor dem Gericht statt. Treffpunkt und Uhrzeit siehe unter „Veranstaltungen".

Weitere Meldungen

Rottenburg. Am 09.02. haben die Anstaltsleiter der JVA Rottenburg, Schick und Malik, gegen Jürgen Derm — HIV-positiver, haftunfähiger Gefangener — eine vierwöchige Absonderungshaft verhängt. Absonderung bedeutet 23 Stunden auf Einzelzelle und eine Stunde Hofgang, also Isolationshaft. „Begründet" wurde dies mit dem Nicht-Einhalten der Anstaltsordnung, u.a. die Kontaktaufnahme zu einem anderen Gefangenen von einem anderen Stock. Weiterhin wurde die Post- und Bücherzensur bei Jürgen noch verschärft. Isolation bedeutet für einen HIV-Positiven wie ihn, daß sich der Krankheitsverlauf der Immunschwäche noch mehr verschlechtert. Für weitere und genauere Informationen: Info-Büro Tübingen, c/o Die Grünen, Neckarhalde 6, 7400 Tübingen.

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Hamburg. 15.02., 19.30 Uhr, Hein-Köllisch Platz 12/Ecke Trommelstr., Veranstaltung zu den politischen Gefangenen in den USA mit Vertretern der Gefangenenorganisationen der puertorikanischen Bewegung und der schwarzen neuafrikanischen Bewegung.

Frankfurt/M. 16.02., 8 Uhr, Prozeßcafé, Stoltzestr. 11, Treffpunkt für Kundgebung vor dem Gerichtsgebäude zum 1. Prozeßtag gegen die vier wegen dem Anschlag auf die Frankfurter Börse verhafteten GenossInnen Gabi, Siggi, Sven und Stephan. Prozeßbeginn ist um 9.30 Uhr, Einlaß um 8.30 Uhr. Schlafplätze werden am 15.02. ab 20 Uhr in der Volksküche, In der Au 15-16, Frankfurt-Rödelheim, verteilt.

Gießen. 17.02., 11 Uhr, vor Horten (Fußgängerzone), Kundgebung für die Einstellung des Kurdenverfahrens.

Wiesbaden. 23.02., 19.30 Uhr, Infoladen, Werderstr. 8, Veranstaltung der Irland-Solidarität Gießen zum Befreiungskampf, der EG und den Gefangenen in der BRD.

Stuttgart. 23.02., 20 Uhr, Irrlicht-Theater, Augustenstr. 14/1, Veranstaltung der Bunten Hilfe zum Prozeß gegen Luitgard Hornstein. Eingeladen sind ihr Rechtsanwalt Felkl und die Prozeßgruppe zu Thomas Kilpper aus Düsseldorf.

Düsseldorf. 01.03., Demonstration zu Thomas Kilpper und gegen die Kriminalisierung des Hungerstreiks und weitere Nachfolgeverfahren. Ort und Uhrzeit werden noch in der taz und in Aufrufen bekanntgegeben. Am 2.3. wird Thomas im Prozeß etwas zur Kriminalisierung des Hungerstreiks sagen. Kommt zahlreich! Beginn 9.30 Uhr, OLG, Tannenstr.

Wuppertal. 01.03., Uni, AstA-Ebene, Veranstaltung zu den politischen Gefangenen und als Mobilisierung zur Kundgebung in Stuttgart. (Uhrzeit ist uns leider nicht bekanntgegeben worden.)

Stuttgart. 10.03., 13.00 Uhr, Schillerplatz, Kundgebung zur Freilassung von Günter Sonnenberg

Herausgeber: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: für den Verlag: Christiane Schneider; für die Herausgeber: Adelheid Hinrichsen. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. 0221/211658. Einzelpreis: 0,80 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 26,-, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 10 Stück das Heft zu 0,50 DM und ab 50 Stück zu 0,40 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 370 101 11, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Farbo Druck & Grafik Team GmbH, Köln.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 100 100 10, Kt.-Nr. 448630-102.